

Resolution für den Erhalt des regionalen Bahnangebotes

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Magdeburg fordern die Landesregierung auf, die Regionalisierungsmittel des Bundes dafür zu verwenden, wofür sie vorgesehen sind – für den Schienenpersonennahverkehr. Wer den Ausbildungsverkehr aus dem Topf des Schienenpersonennahverkehrs bezahlt, nimmt Angebotskürzungen billigend in Kauf. Die Kosten für den Ausbildungsverkehr müssen aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden.

Bisher konnte die Verwendung von Regionalisierungsmitteln für den Ausbildungsverkehr offensichtlich noch ausgeglichen werden. Im Entwurf des Doppelhaushalts des Landes der Jahre 2015/2016 fehlen dem Schienenpersonennahverkehr erhebliche Mittel, um das bisherige Angebot aufrecht zu erhalten. Deshalb sind Stilllegungen und Streichungen von Bahnlinien sowie die Schließung von Haltepunkten in ganz Sachsen-Anhalt geplant.

Von diesen Planungen ist auch die Landeshauptstadt Magdeburg betroffen. Besonders gravierend ist die Auswirkung für Beyendorf-Sohlen. Der dortige Haltepunkt Beyendorf soll geschlossen werden. Damit verschlechtert sich die Anbindung des Doppeldorfes an den ÖPNV dramatisch. Dies ist umso bitterer für die Einwohnerinnen und Einwohner, da der Haltepunkt eigentlich für 450.000 Euro barrierefrei umgebaut werden sollte. Doch damit nicht genug: auch mehrere regionale Bahnverbindungen von und nach Magdeburg sollen ausgedünnt werden.

Die Landesregierung wird weiter aufgefordert Transparenz herzustellen. Sollte sie von ihrem Vorhaben nicht abrücken, ist sie in der Pflicht die Landkreise vor der Beschlussfassung des Landeshaushaltes über die Auswirkungen ihrer Planungen offiziell zu informieren. Dies ist nicht Aufgabe der Presse.

Wir sehen Oberbürgermeister Trümper und den Stadtrat in der Pflicht, sich beim Land für den Erhalt des regionalen Bahnangebotes einzusetzen. Ein entsprechender Antrag der bündnisgrünen Fraktion liegt dem Stadtrat bereits vor. Aber auch die Landesminister und Landtagsabgeordneten aus Magdeburg sind aufgerufen sich in den anstehenden Haushaltsberatungen in diesem Sinne zu engagieren.

Beschlossen: einstimmig, Mitgliederversammlung 24. September 2014.